

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle - Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen und gemeinschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. Größere Auflage: Dr. Märkerstraße 6, Bernauer-Anschlüsse Nr. 246/5, 246/7, 260/5. Verschiedene Kunstverteilungen mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unentgeltlich einlaufende Manuskripte ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,20 Mkt. Zuzahlung, jähr. insgesamt 2,10 Mkt. für Empfänger unbekannt 0,45 Mkt. Belegpreis 2,10 Mkt. durch Postboten ausgeteilt 2,50 Mkt. bei direkter Einlieferung an den Beleg 2,40 Mkt. — Einzelgenusspreis 15 Mkt. im Einzelgenuss und 80 Mkt. im Restabteil der Abnehmer. Druckvertriebsstelle: Dr. Märkerstraße 6, Bernauer-Anschlüsse 246/5, 246/7, 260/5. Telefon-Nr. 2019 Erlaut.

Nazi-Göring geht zum Reichspräsidenten Reichstags-Löschung? Schwarz-braune Koalitionsverhandlungen ohne Nutzen

Am Montag tritt der Reichstag wieder zusammen. Sein Schicksal entscheidet sich aber bereits in den Besprechungen, die für Ende dieser Woche zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstagspräsidenten Göring sind.

In diesen Besprechungen wird Reichstagspräsident Göring dem Reichspräsidenten einen Überblick über den Stand der Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerischer Volkspartei geben. Man beschäftigt, dem Reichspräsidenten zugleich in großen Zügen das Regierungsprogramm einer schwarz-braunen Koalition zu unterbreiten und wird insbesondere Wert auf die Festsetzung legen, daß die schwarz-braune Koalition nur vorläufigen Charakter haben wird und auf lange Sicht zu arbeiten beabsichtigt. Von diesem Gesichtspunkt aus soll gegenüber dem Reichspräsidenten ferner unter Beweis gestellt werden, daß der gegenwärtige Reichstag arbeitsfähig ist und eine arbeitsfähige Mehrheit besitzt.

Wenn das läßt erkennen, daß die Verhandlungen der schwarz-braunen Koalitionspartner in ihren Grundzügen ziemlich weit fortgeschritten sind. Allerdings konnte man nach dem Wortlaut einer Rede, die am Dienstagabend in Berlin von dem Reichstagspräsidenten Göring vor 51-Zenten gehalten wurde, das Gegenteil annehmen. Aber sowohl von nachgebender Seite des Zentrums als auch von nationalsozialistischer Seite wird immer wieder die Unlöslichkeit betont, den schwarz-braunen Block zusammenzubringen und übereinstimmend daraus hervorzugehen, daß die Besprechungen "gute Fortschritte" machen. Am Donnerstag werden die Wirtschaftsausschüsse in der am dem Reichspräsidenten beteiligten Parole zur Beratung wirtschaftlicher Fragen zusammenzutreten. Man hofft in dieser Beziehung auf eine grundsätzliche Klärung noch vor den Besprechungen bei Hindenburg.

Die Entscheidung darüber, inwieweit die Verhandlungen der schwarz-braunen Koalitionspartner einen praktischen Nutzen haben werden, liegt schließlich beim Reichspräsidenten. Nach der Papen-Presse wird er sich gegen eine Koalition aus Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerischer Volkspartei für von Papen entscheiden. Inwieweit das richtig ist und inwieweit der Reichspräsident eine derartige Stellungnahme mit der Verfassung vereinbaren will, bleibt abzuwarten. Eine Entscheidung gegen die schwarz-braune Koalition ist gleichbedeutend mit der Auflösung des Reichstags; denn in diesem Falle besteht kein Zweifel darüber, daß die Aufhebung der letzten Notverordnung der Barone mit überwältigender Mehrheit beschlossen und der Reichstag der Papen-Regierung zugleich fast einstimmig sein Mißtrauen bezeugen würde. Selbstverständlich würde die Papen-Regierung berichtigte Entscheidungen durch die Auflösung des Reichstags zuwege bringen.

Im anderen Falle, also wenn der Reichspräsident sich keine Entscheidung über die Pläne der schwarz-braunen Koalitionspartner vorbehalten oder sich gar zustimmend äußern sollte, würden Nationalsozialisten und Zentrum bis auf weiteres auf Abstimmungen über die Aufhebung der letzten Notverordnung bzw. die Mißtrauensanträge gegen die Regierung durch Vertagung des Reichstags verzichten und verlangen, ihre Besprechungen mit Vollstopp zu Ende zu führen und eine Regierung auf die Beine zu stellen. Aber dann ist auch wahrscheinlich, daß die Papen-Regierung erst gar nicht mehr vor den Reichstag tritt.

während der Krise um 20 Proz. abgebaut worden. Dazu kommt noch der beträchtliche, zahlenmäßig nicht genau erfassbare Abbau der Arbeiter, der überzähligen Verdienste usw. Die kürzere Wochenarbeitszeit hat eine überaus starke Entlastung des effektiven Wohneigentums gebracht. Die amtlichen Vorkerberechnungen vom Herbst 1931, die erst jetzt veröffentlicht wurden, geben ein deutliches Bild von der Verteilung der Industriebeschäftigten. Schon im Herbst vorigen Jahres lag der Arbeiterbestand der Eisen- und Hüttenarbeiter im Durchschnitt um 20 Proz., für Einzelkategorie sogar um 40 Proz. unter Vorkriegsstand. In der elektrotechnischen Industrie hat sich der durchschnittliche Wochenverdienst der hochqualifizierten Arbeiter nach dem Lohnabzug im Januar 1932 auf 90 Mkt. gestellt; in der Textilindustrie dürfte die Hälfte der Arbeiter mit Wochenverdienst unter 20 Mkt. nach Hause gehen. Das Konjunkturforschungsinstitut schätzt das gesamte Arbeitsvermögen für 1932 auf 26 bis 27 Milliarden Mark gegenüber 45 Milliarden Mark im Jahre 1929. Es hat also eine glatte Halbierung stattgefunden.

Mit den Arbeiterlöhnen ist aber auch der landwirtschaftliche Preis und das Einkommen der Landwirtschaft abgebaut worden. Die Landwirtschaft wird ihr Einkommen und ihre Preise nicht durch Kontingentierung steigern können. Wer das glaubt, verfallt einem Irrtum, der sich bald rächen muß.

Fractionsberatungen

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt am Mittwoch eine durch zwei Fachauschüsse erweiterte Sitzung ab. Er beschäftigte sich mit der innenpolitischen Lage und dem bevorstehenden Zusammentritt des Reichstags. Auch wurden die mit dem Regierungsvorstand der Reichsregierung im Zusammenhang stehenden Besprechungen und außerparlamentarische Fragen besprochen. Als Leiter für die Debatte über die Regierungsvertagung wurden von der Fraktion die Abgeordneten Cöbe und Larnow bestimmt.

Naderborner Naziprozess

Der angeklagte Nazi Dr. Linden schwer belastet

Naderborn, 7. September. (Eigenbericht.)

Im Linden-Prozess wurden am Mittwoch die vier von den Angeklagten verprügelten Mitglieder einer SPD-Arbeitkolonne als Zeugen vernommen. Sie befanden sich übereinstimmend, von den Anklagen des Linden'schen Autos und von den 20-Zenten eines zweiten Wagens überfallen und geschlagen worden zu sein.

Die überfallenen Kommunisten befanden, daß nach den zwei Schüssen Dr. Lindens, die als erste abgegeben wurden, der Komunist Brühde zusammenbrach. Sie selbst hätten außer Eisden und Latten keine Waffen besessen und seien vor der SZ ausgedrückt.

Der Schießplatzverständige Dr. Popp-Franfurt a. M. hat die zwei im Linden'schen Auto gefundenen Revolver, eine am Motor gefundene Hülse und die übliche Kugel unterf. Er hat festgestellt, daß die Hülse mit unumstößlicher Sicherheit aus der Pistole Dr. Lindens stammt, während er das bei der üblichen Kugel nicht sagen kann. Doo selbst auch dafür eine sehr große Wahrscheinlichkeit. Nach dem Gutachter und den eingehenden Zeugnisaussagen ist kaum noch ein Zweifel an der Täterchaft Lindens möglich.

Schleicher-Leute auch in Preußen

Neue Maßregelungen einwirken demontiert

In mehreren Berliner Blättern wurde am Mittwoch mitgeteilt, daß Ministerialdirektor Klausner, der Leiter der Polizeibehörde im preußischen Innenministerium, und der Leiter der Kommandantur dieses Innenministeriums, Ministerialdirektor Dr. v. Caden, ihrer Klemme entlassen worden sollen. Ähnlich wird die Nachricht demontiert.

Zuletzt bleibt dennoch, daß Ministerialdirektor v. Caden sein Amt in nächster Zeit verlassen soll, um eine Funktion beim preußischen Verwaltungsgesetz zu übernehmen und daß schon seit längerer Zeit Bestrebungen im Gange sind, an Stelle des Ministerialdirektors Klausner einen S. Schleicher-Mann zu setzen. Dabei ist v. Caden rechtsfähiger Volksparteier und Ministerialdirektor Klausner rechtsfähiger Zentrumsmann. Aber sie haben mit Seewering zusammen gearbeitet und das ist in den Augen derer von der "neuen Staatsführung" immerhin eine Sünde, die einer Sühne bedarf.

Auswechslung der Presseabteilung

Zum Pressechef der kommissarischen Preussischen Staatsregierung ist Dr. von Carlomag, früher Hauptmann im Reichswehrministerium, unter der "neuen Staatsführung" in die Reichspressestelle berufen, ernannt worden. Ministerialdirektor Goslar, der seit Errichtung der Republik der treueste Mitarbeiter der Staatsregierung gewesen ist, verabschiedete sich von den Beratern der Presse, die ihm für die jahrelange vertrauensvolle und kameradschaftliche Zusammenarbeit ihren herzlichsten Dank aussprachen. Mit Goslar zusammen verließ Oberregierungsrat Harted die Preussische Pressestelle. An die Reichspressestelle tritt Dr. Braumüller, bisher beim „Hannoverschen Courrier" tätig, neu ein.

Landwirtschaft, Industrie und Papen-Geschäft Um den höchsten Profit „Der gedeckte Tisch“

Wettkampf der Interessenten

Es gibt in deutschen Händlerkreisen ein Wort, nach dem der ehrliche Mann die Wahrheit erfährt, wenn zwei Gändebunde sich streiten. Man streitet sich Landwirtschaft und Industrie um das Papen-Geschäft. Die Landwirtschaft behauptet, sie würde dabei zu kurz gekommen. Die Industrie behauptet, schon vor der Notverordnung eine beträchtliche Zollersparnis erhalten, wäre auch in der Notverordnung reichlich bedacht worden. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung" spricht von der Papen'schen Notverordnung als von einem Tisch, der „von Reichs wegen für die Industrie gedeckt" sei und verlangt, daß die Reichsregierung nun auch für die Landwirtschaft den Tisch deckt. Der Reichslandbau fordert, daß die Waage des Einfuhrkontingents zum Schutze der nationalen Produktion endlich kontingentlos angewandt wird. Ohne diese Kontingentlos-Führerschaft" müßte jede Reichsregierung scheitern.

Wir können mit innerem Vergnügen diesen Streit zur Kenntnis nehmen, wenn er nicht auf unsere Kosten, auf Kosten der deutschen Wirtschaft ginge. Sicherlich ist man auch im Reichsernährungsministerium davon überzeugt, daß der Reichslandbau, aus rein agrarischen Gründen heraus, das Blaue vom Himmel fordert und daß die Führer des Reichslandbundes, die in ihrer Qualität während der letzten Jahre merklich gelitten haben, immer wieder neue Forderungen aufstellen werden. Heute ist das Wodewort eben Kontingentierung. Hier rollt der Ges und die Regierung verneint, daß sie dem Versuch der Kurative Opfer zu bringen habe. Im Reichsernährungsministerium hat man die Kontingentierung als abgeschlossen. Man will die Einfuhr, immer gegenüber dem Vorjahr, bei frischen Bananen auf 25 Proz., bei Hülsenfrüchten, Kohn, Zucchini, Gurken, Holz, Feigen und Sprossen auf 30 Proz., bei Butter, Äpfeln, Birnen, Pflaumen auf 40 Proz., bei Trauben auf 45 Proz., bei Federweih, mit Ausnahme von Gänzen, bei Käse, Häuten und Därmen auf 50 Proz., bei Speck und Schmalz auf 60 Proz. und schließlich bei Eiern auf 70 Proz. verringern.

Ob der so gedeckte Tisch der Landwirtschaft genügt, muß abgewartet werden. Jedenfalls machen sich im agrarischen Lager Stimmen bemerkbar, wonach die Kontingentierung als Tisch gedeckt werden müßte, d. h. man verlangt eine Klause, wonach die Kontingentierung ohne weiteres verdrängt werden kann, wenn die Landwirtschaft das will.

Zwischen den beteiligten Ministerien wird immer noch über die Einfuhr- und Kontingentierungslage verhandelt. Offenbar ist der Regierung angefangen der Rückwirkung dieser Aktion auf unsere Außenhandel und auf unser Preisniveau nicht ganz wohl zumute. Dabei hat die von der Landwirtschaft verlangte Kontingentierung zum Teil fürs erste gar keinen Sinn. Das gilt z. B. im Winter für die Ärtikel des Gartenbaus. Auch die Kontingentierung von Vieh, fisch usw. hat jeden Sinn verloren, da die Einfuhren nach Deutschland so gut wie aufgehört haben. Ebenso wird sich in Deutschland die Einfuhr von Getreide und anderen Getreide nicht vollziehen, bei dem der Einfuhrübertrag völlig verkommen ist. Das ist Sache der produktionssteigernden Entwicklung, die sich von selbst durchziehen wird. Eine Kontingentierung auf diesen Gebieten, die Länder, die von Deutschland Anbaufrüheren abnehmen, vor den Kopf stoßt und handelspolitische Konflikte auslöst, ist eine überflüssige Angelegenheit, die uns nur schadet.

Nun glaubt man im agrarischen Lager, die Kontingentierung unbedingt nötig zu haben, um einen Preisdruck zu vermeiden oder die Preise zu heigern. Hier liegt die alte Verleumdung vor, daß das Preisniveau in Deutschland vom Agrarimport abhängig ist. Wie oft muß man darauf verweisen, daß diese Auffassung völlig daneben geht. Die Agrarpreise in Deutschland, der Beweis kann auf jedem Gebiete erbracht werden, richten sich nicht nach der Einfuhr von ausländischen Agrarartikeln, sondern nach der Nachfrage der Bevölkerung. Das wird der Landwirt am besten wissen. Verdient der Arbeiter in der Stadt, dann kann der Landwirt befriedigende Preise erzielen. Ist der Arbeiter ohne Einkommen, dann bleibt auch der Landwirt ohne befriedigende Preise. Will man durch Einfuhr in die Wirtschaft über die niedrigen Anbaufrüheren die Agrarpreise hochhalten, dann droffelt man den Vieh, dann vollzieht sich die Schmälerung des landwirtschaftlichen Einkommens eben auf anderem Wege. So oder so, zu umgehen sind die ungünstigen Wirkungen niedriger Löhne auf die Landwirtschaft unter keinen Umständen.

Die Landwirtschaft hat schon recht, wenn sie in der Papen'schen Notverordnung eine Gefahr für ihr Einkommen und ihre Existenz sieht. Die Papen'sche Notverordnung baut Cöbe ab. Sie deckt, um im Sprachgebrauch der agrarischen Presse zu bleiben, der Industrie den Tisch. Durch Kontingenten und auf Kosten der Arbeiterlohn. Aber es geht auch auf Kosten der Landwirtschaft. Die bestehenden Zusammenhänge zwischen dem Preis für landwirtschaftliche Ärtikel und den Industrieerlösen sind eben nicht durch Notverordnungen aufzubrechen.

Nun sind die Stundenlohnätze bei den Anbaufrüheren



Die Verantwortung der Nazis - Papens Steigbügelhalter

Fort mit Papens Hunger-Verordnung!

Der NS-Bund appelliert an den Reichstag

Nach eingehender Beratung hat der NS-Bund es vorzuziehen, zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung mit folgender Einschätzung Stellung zu nehmen:

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung widerspricht grundsätzlich dem Verlangen der Gewerkschaften nach einem Umbau der Wirtschaft und ausreichender öffentlicher Arbeitsbeschaffung. Es steht aber auch durchaus im Gegensatz zu der zuletzt vom Reichspräsidenten auf das Telegramm der Gewerkschaften abgegebenen Erklärung, „daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibt“.

Die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmer wird durch diese Notverordnung nicht gesichert, sondern unerträglich gekürzt.

Der soziale Gedanke nicht gewahrt, sondern alle sozialpolitischen Errungenschaften der letzten 14 Jahre auf schwache Füße gestellt. Es ist mit dem Grundgedanken der Reichsregierung nicht in Einklang zu bringen, wenn sich die Reichsregierung unter Berufung auf den Art. 48 die Vollmacht geben läßt, alle vererbten Rechte der Arbeitnehmer in Sozialversicherung und Arbeitsrecht, in Fürsorge für Arbeitslose und Arbeitgeberbeiträge zu ändern oder aufzuheben. Zwar erklärt die Reichsregierung, das Tarifrecht grundsätzlich aufrechterhalten zu wollen, tatsächlich aber wird die Unabhängigkeit der Tarifverträge durch Ausnahmeregelungen aufgehoben. Nationalpolitisch nicht mehr fortschreiten zu wollen, tatsächlich aber wird durch den Lohn- und Sozialabbau die Wehrkraft weiter geschwächt. Der Versuch der Reichsregierung, die Wirtschaftskrisis durch

Steuergeschenke an die Arbeitgeber und durch Lohnabbau bei den Arbeitnehmern

zu überwinden, muß daher auf den schärfsten Widerstand der Gewerkschaften stoßen.

Das Experiment mit den Steueranrechnungsscheinen ist nicht ohne Gefahr für Währung und Finanzen.

Auf ihrem Rücken!

Auf unsem breiten Rücken sind die feinen Herren bedende in die Amtlichkeit flüchtet. Goebbels im „NS“, 7.



Und wer hat sein Stille dazu gehalten?!

In einem Augenblick, in dem der öffentliche Haushalt noch nicht ausgeglichen ist, werden für die Unternehmen die Steuern im Voraus gefordert. Statt der Finanzierung eines ausreichenden Arbeitsbeschaffungsprogramms werden Milliarden aus öffentlichen Mitteln zur Entlastung der privaten Unternehmen eingesetzt.

Vergänglich waren Erwerbserlöse und Sozialleistungen auf eine Zeit der Regierung, die das ihnen durch die Juni-Notverordnung zugewiesene Innehalten wieder gutgemacht. Vergänglich waren alle Anstellungen und Arbeiter auf eine allgemeine Wehrdienstverpflichtung auf gesetzlicher Grundlage. Dieses Programm bildet in einseitiger Weise

alle Opfer den Angestellten und Arbeitern

auf in der Annahme, damit dem Privatkapitalismus wieder aufhellen zu können. Zugleich aber treibt die Regierung eine Handelspolitik, die praktisch zur Abschneidung vom Weltmarkt führt, und eine Lohnpolitik, die eine neue starke Schrumpfung des inneren Marktes zum Gefolge haben muß. Angesichts dieser wirtschaftlichen Tatsachen und angesichts der herrschenden innerpolitischen Kurve, die durch solche Maßnahmen noch verschärft wird, bedeutet die Verordnung ein Experiment ohne Gewähr dafür, daß Deutschland an einer möglichen Belebung der Weltwirtschaft teilnimmt.

Die Gewerkschaften fordern von den Parteien, die sich im Wahlkampf für die Arbeitsbeschaffung und gegen den Lohnabbau, für die öffentliche Kontrolle der Wirtschaft gegen die Verstärkung der sozialen Rechte eingesetzt haben, daß sie ihre Mehrheit im Reichstag benützen, die Regierung zur Aufhebung dieser Notverordnung zu zwingen.

Bekennnis der schweren Schuld

Zeter, Zeter!

Was sich auf Goebbels Rücken ereignet hat

Herr Josef Goebbels ist sonst kein Feind der feinen Leute. Nach seiner Verehelichung mit der geschiedenen Gattin eines millionäreren Generaldirektors hat er sich mitten unter ihnen, am Reichstagsplatz in Berlin-Weißhof, nobel niedergelassen. An der Politik aber tut Herr Goebbels so, als verpöffe er täglich drei „feine Leute“ zum Frühstück. Wenigstens gilt das, seitdem das Bündnis zwischen Papen und Hitler in die Brüche gegangen ist. Als ob er niemals Jubelartikel über Papens Amtsantritt, über die verfallenswerten Taten gegen Breußen geschrieben hätte, geißelt jetzt Herr Goebbels im „Angriff“ gegen die „feinen Leute“, die die Regierung an sich gerissen haben. Aber dabei verplappert sich der geistlose Demagoge. Mit Iphigeneien Jugendergeizigkeit vertrat er den wahren Ursprung der Regierung Papen. Goebbels schreibt:

Während wir auf den Tribünen der Massenveranstaltungen standen und um eine neue deutsche Geltung den heroischen Kampf führten, richteten sie sich hinter uns bereits mochtig ein,

und ehe man sich verah, schlangen sie sich auf unseren breiten Rücken und flüchteten in die Amtlichkeit.

Damit hat Herr Goebbels offen zugegeben, daß die Baronsregierung der „feinen Leute“ nur auf dem Rücken der Nationalsozialisten zur Macht gelangt ist und zur Macht gelangen konnte. Er hat zugegeben, daß alle Wohlge der Nationalsozialisten zu nichts weiter geführt haben als zur Herrschaft des nadtiefen und brutalsten Kapitalismus!

In der Tat erhält jetzt das Volk einen sehr lehrreichen Aufwachungsunterricht: Als im Jahre 1928 im Reichstag 133 Sozialdemokraten saßen, die etwa 28 Proz. der Wählerkraft repräsentierten, da war es für das Bürgertum unmöglich, gegen die Arbeiterklasse zu regieren. Im jetzigen Reichstag sitzen 230 Nationalsozialisten, die etwa 37 Proz. der Wählerkraft repräsentieren — und noch niemals ist die Arbeiterklasse so ohnmächtig, das Bürgertum so geschwollen und übermächtig gemein. Das zeigt deutlich den Wert dieser „Arbeiterpartei“. Der einzige Erfolg ihres Anmachens ist — die Alleinherrschaft des Kapitalismus!

Der schwüle Röhme flagt nicht

Seine Komödie um die Echtheit seiner „Liebesbriefe“

München, 7. September. (Eigenbericht.)

Hitlers Zulenkend, der schwüle SA-Kommandeur Röhme, hat nun endlich seine schledig gezielte Komödie um die Echtheit seiner schweingeladenen Liebesbriefe als eine verlorene Sache aufgegeben.

Am Mittwoch sollte vor der Freisitzkammer des Landgerichts München Röhmes Einspruch verhandelt werden, den er gegen die Abweisung der Klage gegen den Schriftsteller Dr. Helmut Klotz und dessen bekannte Brochüre erhoben hatte. Bis zur Reichstagswahl Ende Juli hatten es Röhme und sein Anwalt Luegerer verstanden, die endgültige Entscheidung über die Klage immer wieder hinauszuverschieben. Jetzt sollte Röhme für seine Behauptung, die veröffentlichten Briefe seien Fälschungen, geradestehen. Unmittelbar

vor Beginn der Verhandlung ließ Röhme dem Verteidiger des Beklagten Klotz und ebenso dem Gericht eine Erklärung zustellen des Inhalts, daß er keinen Einspruch und damit die Klage zurückziehe. Der Antrag auf ein Verbot der Weiterverbreitung der Klotz-Brochüre ist damit rechtskräftig zurückgewiesen und Röhme hat alle Kosten des langwierigen Verfahrens zu tragen. Zur Sicherstellung der Bezahlung dieser Kosten durch Röhme wurde die Verhandlung auf den 20. September vertagt.

Mit der Zurückweisung der Klage ist auch die Verleumdungsanzeige Röhmes gegen Seering hinfällig, in der Röhme „hauptsache, Seering habe als preußischer Innenminister die angeblich, Briefe amtlichen Akten entnommen und zum Zwecke politischer Ausnutzung photographieren lassen.“

Schleiders Rüstungs-Memorandum

Veröffentlichung des Wortlautes

Die Papen-Regierung hat der Öffentlichkeit am Dienstagabend das Rüstungs-Memorandum überreicht, das am 29. August der französischen Regierung zugegangen ist. Die Veröffentlichung, die hauptsächlich auf irreführende Mitteilungen der französischen Presse zurückzuführen ist, wird von einem Interview des Reichs-ambassadors von Neurath begleitet, in dem es heißt, daß es für Deutschland nicht möglich ist, sich an den weiteren Beratungen der Abrüstungskonferenz zu beteiligen, bevor die Frage der deutschen Gleichberechtigung eine grundsätzliche Klärung gefunden hat. Deutschlands Gleichberechtigung, nicht seine Aufrüstung sei der Punkt, der zur Debatte stehe.

Zeppelins Dornambuco-Fahrt

Friedrichshafen, 7. September. (Eigenbericht.)

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Mittwoch morgen von seiner Dornambuco-Fahrt nach Friedrichshafen zurückgekehrt und hier gegen 6 Uhr gelandet. An Bord des Schiffes befanden sich nur zwei

Passagiere, ein Deutscher und ein Engländer. Die schliche Leitnehmerzahl ist nach einer Erklärung Dr. Egeners auf die politischen Wirren in Südamerika zurückzuführen. Das Ergebnis der Postbeförderung ist nach Egeners Erklärungen jedoch sehr erfreulich und zufriedenstellend, obwohl diesmal auch die Post von Sao Paulo und Rio de Janeiro ausblieben ist.

Börsenhaupte gebrochen

Die Spekulanten steigen aus. — Starke Kursverluste

Die gestrige Börse brachte zum erstenmal seit vielen Wochen einen Rückschlag. Der nach der beispiellosen Kurssteigerung der letzten Tage freilich erwartet werden mußte. Die Großspekulanten sind offenbar ausgesteigt, d. h. sie haben verkauft und die Gewinne mitgenommen. Auf der anderen Seite scheint auch dem Publikum das Rausen jetzt schon zu riskant geworden zu sein. Jedenfalls spricht man von stark zurückgegangenen Publikumsaufträgen. Auf den Kurstafeln waren schon zu Beginn der Börse Minuszeichen zu sehen. Der Verlauf war dann sehr uneinheitlich, doch überwogen auf allen Märkten die Kursrückgänge ganz entschieden.

Breslauer Sondergericht

Partei-sekretär und 25 Reichsbannerleute angeklagt

Breslau, 7. September. (Eigenbericht.)

Vor dem Sondergericht beim Landgericht in Breslau begann am Mittwoch vormittag die in der politischen Öffentlichkeit Breslaus mit großer Spannung erwartete Verhandlung gegen den Breslauer Ortssekretär der Sozialdemokratischen Partei Max Kuttelcynski sowie gegen 22 Reichsbannerleute und zwei Nationalsozialisten, denen vorgeworfen wird, am 29. Juli, also unmittelbar vor der letzten Reichstagswahl, an einem schweren Zusammenstoß in der Breslauer Südbühnen beteiligt gewesen zu sein. Die Angeklagten laufen gegen die Reichsbannerleute auf Sanftmütigkeit, zum Teil auf schweren Bandenverbruch, in Verbindung mit Gewalttätigkeiten, gegen die beiden SA-Leute auf schweren Bandenverbruch und Körperverletzung und gegen Kuttelcynski, der bei dem Zusammenstoß von den Nazis überfallen und niedergeschlagen wurde und dann eine schwere Gehirnerschütterung erlitt, auf Raubführerschaft und schweren Bandenverbruch. Die Verhandlung wird voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen. Als Zeugen sollen insgesamt 53 Personen vernommen werden. Die Zeugen rekrutieren sich fast ausschließlich aus dem Lager der Hattenkreuzler.

Die Staatenkonferenz in Strefa

Probleme Südosteuropas

In Strefa am dem oberitalienischen Alpensee Lago Maggiore findet zur Zeit eine internationale Staatenkonferenz für die wirtschaftlichen Probleme der Donau- und Ostseen Staaten statt.

Die Hauptforderung der östlichen und südlichen Agrarstaaten geht auf dieser Konferenz dahin, daß die westlichen und nördlichen Industrieländer ihnen ihre Produkte abnehmen. Denn trotz des ungerechten Sinkens der Kaufkraft durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung, die Hochkonjunkturpolitik und das Zurückbleiben gewisser Industrieländer im Wege. Die Vertreter der Agrarstaaten haben in Strefa einen Ausweg für altes sozialistisches Arbeiten eingeführt. Präsident des agrarischen Blocks der Konferenz von Strefa ist der rumänische Industri- und Handelsminister Wadgaru.

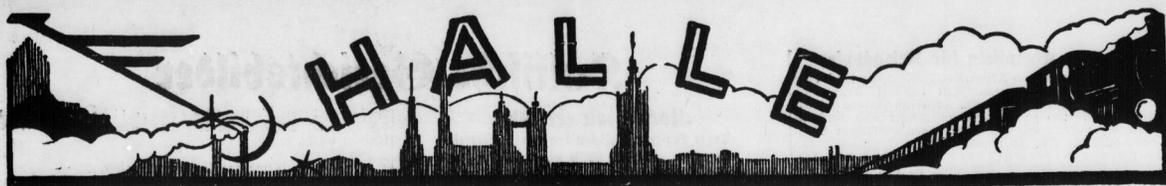
Im Komitee für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Südosteuropas eröffnete Präsident Bonnet die Generaldebatte. Ministerialdirektor Bolle-Deutschland führte aus, wenn es gelänge, die Kaufkraft der Bevölkerung der Agrarländer so zu stärken, daß Steuern in ausreichendem Maße gezahlt werden könnten, so würden auch die Schwächen dieser Staaten langsam behoben werden. Aber wie soll das möglich sein, solange die Handelskraft dieser Länder nicht exportieren kann! Ähnlich inhaltslos und widersprüchlich wie die Rede von Bolle waren auch andere Reden.

Welfunt-Konferenz

Am Mittwoch wurde in Madrid in Anwesenheit von 600 Delegierten die „Internationale Zeitschriften- und Funkkonferenz 1932“ eröffnet. Zu der von Präsident Blaz geleiteten deutschen Delegation gehört u. a. Dr. Harbich, der Leiter der Abteilung Funktelegraphie und Rundfunk im Reichspostzentralamt. Auf dem Programm der Tagung steht vor allem die Distillation des Problems der Gemeinschaftswellen; dadurch, daß mehrere Länder gemeinsam auf verschiedene Wellenlängen arbeiten, sind mancherlei nicht leicht beherrschbare Unzulänglichkeiten entfallen.

Brandunglüd in Berliner Lauben

In der Nacht zum Mittwoch brannten in Berlin in der Dandorger Allee vier Wohnlauben ab. Ein Händler wurde verbrannt und eine Frau durch schwere Brandwunden verletzt aufgefunden. Außerdem ist ein Pferd Opfer des Brandes geworden.



Hamsterjagd

Wenn ein kühler Wind über das abgeerntete Feld weht, dann meint der Hamster genug zu haben für dieses Jahr und setzt sich zur Ruhe. Er kann es sich auch leisten, denn Hamster sind fleißige Tiere, die sich in ihrem Bau teilweise bis zu einem Zentner Getreidefrüchte aufspeichern, von denen sie im Winter leben wollen. Das aber ist es, was dem Hamster der Landmann so überliefert und weshalb dem rötlichen Nagetier mit dem dicken Hals und den kurzen Beinen so nachgehakt wird. Daneben freilich ist auch sein Fell an seiner Verfolgung schuld.

Man wird unfähiger einen Hamsterbau erkennen können. Der Erdhügel ist wesentlich höher als beim Maulwurf, den der Jäger nicht beschleicht. Bei dem Sammlerlos findet man abgeschilfene Leeren, ein Zeichen, daß der Hamster „abgeräumt“ hat. In seinem Bau führen zwei Gänge, ein steil abfallendes und meist verdecktes „Fallloch“ und nicht weit davon ein „Rausloch“. Der Bau des Weibchens enthält mehrere Falllöcher, damit auch den Jungen bei Gefahr ein Entkommen möglich ist.

Das Fallloch wird von vornherein verstopft und gräbt dem anderen Gang nach. An einer Zeilung geht der Aort des Hamsters ab. Er ist nämlich ein lauberes Tier, das weiches, feine Weibung nach seine Vorkammer beschützt. Folgt man dem zweiten Gange, so wird man bald entdekt, daß der Hamster „stoppt“. Er hat Gefahr gewittert und will sich nun durch aufgeworfene Erde verdecken. Wenn man einigermassen aufpaßt, wird man jedoch seiner habhaft werden. Der Hamster wird dann meistens getötet, seines Felles und seiner Vorräte beraubt. Aber nicht nur die Menschen stellen dem Hamster nach, sondern auch andere Tiere. Oft kommt es vor, daß ein Fuchs in den Bau einbricht, seinen Bewohner tötet und nun selbst die Wohnung besetzt. Kampflös ergibt sich jedoch der Hamster nicht. Er hat Mut und treibt in der Tat selbst den Menschen an, natürlich ohne Erfolg. Freilich, soweit Feinde der Hamster auch hat, durch seine außerordentliche Fruchtbarkeit erhält er seine Art. Das Weibchen wirft im Jahre bis zu 30 Junge. Und in einem halben Jahre werfen die jungen Weibchen schon wieder Junge. Gegen solche Fruchtbarkeit kommen auch die Feinde des Hamsters nicht an.

Vom Gesundheitszustand in Halle

Diphtherie gegenüber den Vorjahren weniger; spinale Kinderlähmung nur ein einziger Fall.

Die spinale Kinderlähmung, die innerhalb und außerhalb der Provinz Sachsen beachtlich angesetzt ist und noch sehr häufig tödlich verläuft, ist. Der Todesfall ereignete sich Anfang August. Da die Krankheit mit Eintritt früherer Witterungserfahrungen zurückgeht, wird man annehmen können, daß Halle, abgesehen von dem oben erwähnten Falle, frei bleibt.

Die Diphtherie, eine der regelmäßigen Infektionskrankheiten, ist in diesem Jahr in Halle, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, erfreulichsweise günstiger als in den Vorjahren verlaufen. Im August waren 25 Krankheitsfälle zu verzeichnen. Im vorigen Jahre waren es um dieselbe Zeit 44, vor zwei Jahren 43. 1932 Januar bis August 234, 1931 Januar bis August 361 und 1930 Januar bis August 591. In den beiden letzten Monaten sind mehrere Fälle mit ungenügender Auskennung eingetreten. Daraus geht hervor, daß das Jahr 1932 bis jetzt ein günstigeres Bild bietet als das Vorjahr. In den beiden letzten Monaten sind mehrere Fälle mit ungenügender Auskennung nicht eingetreten. Nach liegt eine Beobachtung einer bestimmten Gegend oder eines bestimmten Alters nicht vor.

Erntung der Brotpreise

Heftigkeit nicht nur auf kurze Zeit.

Eine gute Ernte hat dazu beigetragen, daß die Getreidepreise zur Zeit außerordentlich niedrig sind. Das hat sich erfreulichweise auch auf den Mehlpreis ausgedehnt und schon Mitte August zu einer Verminderung um 3 Pf. und jetzt übermalis um 2 Pf. geführt.

Damit haben wir jetzt einen so billigen Brotpreis wie schon seit 10 Jahren nicht mehr. Gegenwärtig beläuft sich der Preis für das Pfund Roggenbrot auf 16 Pf. Inwiefern er von Dauer ist, läßt sich nicht sagen. Es muß aber erwartet werden, daß auf die jetztige große Notlage Rücksicht genommen und der Bevölkerung die Möglichkeit erhalten wird, was notwendig ist das Brot billig zu kaufen.

Kartell der kulturellen Arbeiterorganisationen.

Die für morgen, Freitag, 19 Uhr, angelegte Sitzung findet nicht im Arbeitersekretariat, sondern im „Volksparl.“ statt. Volkshilfliches Erscheinen erwartet.

Der Schmann.

Der Jahresbericht des Jugendamtes für 1931

Ein Bild des Jammers

Am 31. März 1932 standen in Halle 29 856 Personen unter der Betreuung des Jugend- und Fürsorgeamtes, also nahezu der lebende Teil der gesamten halle'schen Einwohnerzahl. Ein Weg von Menschlichkeit, Sorge, Barmherzigkeit und Barmherzigkeit, und nur ein Pfünzlein an Mitteln und helfenden Menschen. Das kapitalistische System hat ungeheuren Verbrauch an körperlicher, geistiger und sittlicher Gesundheit auf dem Gewissen. Wäre nicht die zentrale Stelle der öffentlichen Fürsorge dank des sozialistischen Einflusses da, dann würde der Schritt dieser Menge hilfloser und zum Teil verirrter und zum Teil freiwillig Verlassenen dieses Jammersalles noch in viel größerem Umfange erfolgen, als das zur Zeit schon der Fall ist. Vor allem aber ginge die Kindheit unserer Tage die Wege, die wir mit Schauern in unglücklichen Ländern den Nachwuchs sehen, wenn Notzeiten eintreten.

Angenommen ist, daß die öffentliche Jugendbetreuung in Halle das Möglichste versucht hat, wenn auch im Bericht manches vermißt werden muß, was „menschlich“. Niemand ist vollkommen, aber die Tatsache, daß eine Reihe Fürsorgerinnen ab und zu Anlauf zu stiller oder lauter Protest gegen die Art ihres Verhaltens gegeben haben, sollte

die Auswirkung dieser Kräfte vorzüglicher gestalten.

Auch dies und jenes Lobenswerte steht im Bericht. Oder will das Jugendamt kein Aufsehen davon machen, daß es durch Verleihung an der „Jugendhilfe“ der halle'schen Volkshilfe außerordentlich zur geistigen Erziehung unserer Berufsarbeiter beigetragen hat? Beachtlich ist nur, daß eine andere halle'sche Stelle, nämlich das Stadttheater selbst, es vorgezogen hat, diesen Bildungsweg durch einen ungenügend arbeitenden „Theatertrupp der Schüler und Schülerinnen Salles“ zu stören zu helfen.

Diese Hintanhaltung der schulfähigen Jugend ist um so folgenreicher, als es trotz starken Einkommens der Gewerkschaften für das 9. Schuljahr nicht gelungen ist, durch die Schule noch ein Jahr Sorge tragen zu können für die mitten in der Reife stehenden Knaben und Mädchen. Die vom Jugendamt vermaltenen Sorten reichen bei weitem nicht aus, und nur einzelne sind in der Lage, für die 14- bis 15jährigen entsprechende Beschäftigung zu schaffen. Deshalb werden auch in den Sorten die meisten Kinder dieses Alters nicht mehr gebildet, und so wird ihre geistig-sittliche Befähigung erhöht.

Ein großzügiges Jugendheim besteht nicht,

wie wir schon im Vorjahre kritisch bemerken mußten, und so kann

es nicht Wunder nehmen, wenn gerade der Prozentfuß der straffälligen Straftatunmündigen von 15,3 auf 17,2 gegen 1930 gestiegen ist. Ein enger Zusammenhang zwischen Straftat und Arbeitslosigkeit, etwa 100, ist nur in einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Fällen erkennbar“, sagt der Bericht selbst. Es muß also mehr auf die gesamte geistige Bildung zurückzuführen sein, daß Jugendliche straffällig werden. Und deshalb ist u. U. die halle'sche Jugendbetreuung an dieser Stelle unzulänglich. Wenn dann private Stellen einbringen, wie z. B. die Stadtmission und eine Reihe Industriebetriebe, so ist im Interesse der Jugendlichen nichts dagegen zu sagen, aber hierbei verdrängt das Unparteiliche und Ungenügende der öffentlichen Hand, und es wird Aufgabe des Jugendamtes sein, einen geringen Rest davon auch in den privaten Einrichtungen zu retten. Unvermeidlich ist bei dieser Aufgabe, daß z. B. das halle'sche Lehrlingsheim mit den wenig Anläßen nicht so besondert gestaltet worden ist, daß es zu einer ähnlichen Einrichtung wie „Die Jugendwerkstätten Halle“ (Artillerie-Kaserne) hätte werden können.

Um schließlich die Sorge für das Schulfeld kurz zu beleuchten, so geht aus dem Bericht die bedauerliche Tatsache hervor, daß auch hier

Sparmaßnahmen zu erheblicher Einschränkung geführt haben.

Das sind die Mittelhilfeleistung (Strafmaß) und die Mittagsportionen zurückgeführt, die Beschaffung von Kleidung, Schulbedarf stark vermindert worden. Diese Feststellung beleuchtet wiederum die wirtschaftliche Art des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Es denkt gar nicht daran, in guten Zeiten für seinen Nachwuchs, d. h. den Nachwuchs der von ihm ausgebeuteten Arbeiterkraft, zu sparen, um dann in Krisenzeiten wenigstens hier nicht mittellos zu sein. Und wenn nun gar derartige Krisendauer vorliegt, wie augenblicklich, dann tritt kein alles Kinderleid ständes Versehen deutlich hervor. Wie weit davon die Schularbeit als solche beeinflusst wird, das sei hier nicht erörtert, aber daß es noch Lehrer gibt, die derartige Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Schule nicht sehen, das muß an dieser Stelle hervorgehoben werden.

Und so ist eines sicher: Mühen Jugend- und Fürsorgeamt ihr Bestes im — am Wibelstein der Wirtschaft — zu tun, auch das rechte Wollen! Was die Angaben des vorliegenden Berichtes anerkennen liegt und das bage, was zwischen den Zeilen steht, der kann nur eines wünschen: Weg mit diesem Bild des Jammers! Es lebe der Wille zum besseren lebenden Sozialismus! —sch.

Teilung von Großwohnungen

Erneute Förderung mit öffentlichen Mitteln.

Diesfach sieht man in den Straßen Wohnungen, die schon seit langem zu vermieten sind. Bei näherer Betrachtung stellt man fest, daß es sich dabei durchweg um Großwohnungen handelt. Die Bewohner konnten sich diese Wohnungen leisten, solange sie ihre hohen Einkommen hatten. Als diese aber auch gekürzt wurden, begann der allgemeine Umzug in kleinere Wohnungen. Die Woh-

Volksamtsfahrt zu den Kosten der Teilung von Großwohnungen, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewesen sind, Zinszuschüsse des Reiches gewährt werden, sofern die Vermögensgegenstände betr. Ermöglichung oder Erlaß der Hauszinssteuer bei Unterstellungen an sich nicht ausreichen, die Durchführung der Arbeiten zu ermöglichen. Zinszuschüsse werden jedoch nur für Darlehen gewährt, die 1000 RM. und mehr betragen und deren Kosten (Zins, Zinsen, Disagio) die marktüblichen Höhe nicht übersteigen. Voraussetzung ist weiter, daß die Arbeiten nach dem 1. Juli 1932 und vor dem 1. April 1933 begonnen und nicht in Schwarzarbeit ausgeführt werden. Ihre Kosten müssen außerdem angemessen sein. Der Zinszuschuß wird einmalig gewährt und in einer Gesamtsumme nach Fertigstellung der Arbeiten ausgezahlt. Er beträgt 10 Prozent des Darlehens.

Hierüber hinaus ist beabsichtigt, die Kapitalbeschaffung im Wege der Verbürgung von Wechselkredit und durch Übernahme von Reichsbürgschaften gegenüber einzelnen Spitzenorganisationen zu erleichtern. Die Verhandlungen hierüber können noch. Außerdem wird durch die Notverordnung des Reiches vom 4. September 1932 insgesamt bis zu 50 Millionen Reichsmark bereitgestellt werden, von denen ein Teil auch zur Erleichterung der Teilung von Wohnungen verwendet werden soll. Nähere Bestimmungen hierüber werden noch ergehen.

Anträge auf Gewährung der Zinszuschüsse können beim Magistrat (Wohnungsneubauverwaltung, Marktplatz 5) bis zum 20. September gestellt werden. Antragsvordrucke sind kostenlos erhältlich.

Wer also jetzt noch keine Kleinwohnungen besitzen läßt, der jetzt damit, daß er keine „kleinen Leute“ in seinem Hause haben will, sondern lieber weiterhin den notwendigen Hausbesitzer markiert!

SPD., Ortsverein Halle

Am Freitag, dem 9. September, abends 8 Uhr, findet im „Volksparl.“ eine Mitgliederversammlung statt. Redner: Reichstagsabgeordneter Genosse Fetz (Berlin).

Pünktliches und reifliches Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Gäste können eingeführt werden.

Das Sekretariat.

ungen würden sich oft schnell wieder vermieten lassen, wenn sie geteilt und somit zwei oder mehrere Kleinwohnungen hergestellt würden. Die Hauswirte scheuen jedoch in den meisten Fällen die Kosten, die mit einem Umbau verbunden sind und wollen lieber, daß sich eines Tages doch ein Mieter für die Großwohnung findet. Nun können nach einem Erlaß des preussischen Ministers für

Jeder schätzt ihn

den weltberühmten bulgarischen Edel-Tabak.

Es ist daher verständlich, daß für die 3/3-Raucher der erste Versuch den Entschluß zur Folge hat:

Wenn 3/3, — dann Bulgaria!

Bulgaria Sport, die 3/3 der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pfg. mit Spalt-Photos



Aus der Provinz

Merseburg

(Schreibstille: Telefon Nr. 222.)

Sozialismus und Individualismus

Vortragabend bei den sozialistischen Frauen.

Ein sehr interessanter Abend verlebten die sozialistischen Frauen auf ihrer letzten Zusammenkunft. Gen. Ca. 10 Uhr sprach über bürgerliches und sozialistisches Denken. Bürgerliches Denken, das mit dem Begriff Individualismus sich befaßt. Der einzelne und sein Eigentum ist das Extrem bürgerlichen Denkens. Das höchste Potens des Individualismus ist der Anarchismus. Er ist letzte Entartung des Individualismus, wenn auch scheinbar. Gefährlich aber ist der Individualismus in seiner Zermattung, wie er uns in der bürgerlichen Sentimentalität gegenübertritt. Überzeugt er sich das bürgerliche Mädelchen um und um bemußten Gegenstand ist vom Bürgertum das Schlagwort des „Materialismus“ gegen uns Sozialisten geprägt worden. Nur materialistisches Geschichtsbildung ist der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, gekommen aus der Erkenntnis heraus, daß die Menschheit in ihrem Leben vom Materielle abhängig ist. Diese Erkenntnis ist aber aus der großen Massennot entstanden und aus dem Willen, eine bessere Gesellschaftsform zu schaffen. Ganz im Gegensatz zum Bürgertum. Mit dem Wort Individualismus vertritt es nur seine Jochsack.

Sein Eigentumsbegriff ist und kann nur egoistisch sein. Für ihn ist Eigentum Macht, Recht ohne Pflichten, schrankenlose Ausübung aller Möglichkeiten. Hierin beruht so auch die Wirtschaftsentwicklung des Bürgerturns, der Individualismus, der jetzt zum Leiden der arbeitenden Massen wieder seine Aufwertung in Deutsch-land findet.

Wir Sozialisten haben den bürgerlichen Eigentumsbegriff in der Reichsverfassung den Begriff des Sozialismus entgegengestellt. Darauf bestehend das Wohlfühlungsrecht der Massenarbeit in der Wirtschaft, Löhnerarbeit, Betriebsräte usw. Jedes Ziel aber bleibt im Sozialismus Ausübung des Produktionsbegriffes, sozialistische Planwirtschaft.

Im Individualismus ist immer nur der Egoismus der treibende Motor. Der Personifizierung ist für ihn höchste Leistung des einzelnen. Der Übergang, der Übergeordnete, freie Bahn dem Individuum bedeutet für ihn Elendensfreiheit. Wir Sozialisten wollen nicht die Personifizierung individualisieren. Im Gegenteil wünschen wir, daß sich der einzelne zur höchsten Kultur entwickeln kann, nicht zu seinem Egoismus, sondern zum Nutzen der Allgemeinheit. Wir wollen die freie, der Allgemeinheit verantwortungsbewußten Personifizierung. Wir wollen darum auch keine stufenmäßige, geistliche Klasse, die kritisch alle bittimmt hoch der „Führer“ sagt. Nur im Kampfe der Götter ringt sich die Menschheit empor.

Nur eine denkende Klasse kann Bewegung sein. Für uns heißt freie Bahn dem Individuum, freie Bahn dem wirklichen Individuum. Nicht dem Scheinwesen, dem, der es verstand, den richtigen Hindernisse zu finden. Die Freiheit soll nicht Recht sein. Rechte sollen nur von uns Pflichten sein.

Aus dieser individualistischen Einstellung ergibt sich auch die dumpe Enge des bürgerlichen Lebens, seine Perennanz, seine Stellung zur Religion, Nation und Ethik, faszinierend zur Weltanschauung.

Seine notwendige Debatte folgte dem Vortrag, die in dem Wunsch mündete, daß sich die Arbeiter nicht mit diesen Fragen befasse, um für die Zukunft die gewonnenen Erkenntnisse um so fruchtbarer auszuwerten zu können. Einige interne Angelegenheiten besprochen, den harmonisch verlaufenden Abend. Der nächste Vortrag, der das Partei-Programm behandeln soll, findet am 6. Oktober statt.

Das Standesamt im Monat August

Es wurden beurkundet im Geburten: 86 Knaben und 13 Mädchen. Gestorben sind 16 männliche und 13 weibliche Personen; ferner wurden 2 Totgeborene registriert. 16 Paare gingen ein in den Eheban.

Antilige Bekanntschaften der Stadt Merseburg

Nr. 35. Donnerstag, den 8. September. 1932.
Städtische Kleinparkellen.
Die Pächter städtischer Kleinparkellen, welche ihr Pacht ab 1. Oktober abgeben, haben dies bis spätestens 20. September 1932 im Rathaus am Markt, Zimmer 11, zu melden.
Merseburg, den 6. September 1932.
II. -/32. Der Magistrat.

Stadensammlung, Reststraße 4.

Annamme: Mittwoch, den 14. September, von 10 bis 11½ Uhr.
Verkauf: Donnerstag, den 15. September, von 10 bis 11½ Uhr.

Die Operetten-Spielzeit im Walthala-Theater Halle

beginnt am 16. September. Direktor Wühlfen, der die künstlerische Gesamtleitung übernimmt, hat als Opernregisseur und 1. Komiker den bewährten Künstler Gustav Bertram verpflichtet, gleichzeitig Margta Peter als erste Operettenängerin. Für das Fach der ersten Soubrette kommt Grell Müller vom Walthala-Theater Hannover. Kleinere Rollen werden von den Damen Gertraud Walden, Julie Reyer, Hilde Lampe und Trude Weber ausgefüllt. Die Herrenrollen sind außer Gustav Bertram mit Otto Rege von Stadttheater Bielefeld als 1. Tenor, Max Schwandt von hiesigen Stadttheater als Tenorsänger, ferner Ferdinand Pahndke und Maximilian Wötcher als Chörengänger. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Georg Kompf. Der Chor besteht aus 18 Damen und Herren. An Operetten werden bis jetzt erworben: „Die Dollarprinzessin“ und „Die Bajadere“ von Leo Fall, „Rauo Pegg“ von Leo Meyer, „Amelie von Deffau“ von Robert Winterberg, „Silbers“ von Ludwig Späth, „Wäcker aus Wien“ von Johann Strauß Vater und Sohn, „Frühling in Schwaben“ von Reinhard und „Abend des“ von Wolf. — Seine erste Vorstellung, Freitag, den 16. September, wird „Die Dollarprinzessin“ geben. Es gelten vollständige Preise von 0,50 bis 8 RM. — Der Vorverkauf beginnt am 12. September.

Kalte und heiße Quellen

Das Fortkommen heißer und kalter Quellen hängt nicht etwa mit den klimatischen Verhältnissen der Gegend zusammen, in der sie gerade entspringen, wenn auch die kälteste Quelle der Erde ein Wasser sein dürfte, das im hohen Norden, unter 73½ Grad nördlicher Breite auf der Timyr-Gebirgsgruppe entspringt. Der Geograph

Saalkreis

Weshalb Senkung der Richtsätze?

Folgen der Wapenlichen Notverordnung - Habzelanger Kampf der SPD. für die Gewerkschaften

Der Saalkreis hat sich zu einer Richtsatzentziehung entschließen müssen, die ab 2. September d. J. in Kraft tritt. Mit stärkstem Bemühen haben die beschäftigten Arbeiterparteien einen fongenwärtigen Druck zum Teil noch abgeben, dem der Saalkreis seit langem ausgesetzt war. Wer die Richtsätze der Kreis der Provinz Sachsen und der Stadt Halle kennt, weiß, daß der

Saalkreis zu einer sozialpolitischen Anlei geworden war, da er seit 1928 die gleichen Richtsätze durchgehalten hat.

Was dies bedeutet, kann am besten daran ersehen werden, daß die Arbeit Halle mit ihrer bürgerlichen Mehrheit in dieser Zeit nicht weniger als dreimal die Unterhaltungsätze beschnitten. Wenn es im Saalkreis gelang, die Richtsätze ohne viel Geschrei durch die Notverordnungen der vergangenen Jahre hindurchzusetzen, dann liegt darin ein Hauptverdienst des betriebliebenen Gewerkschaften. Auch die nunmehr beschlossene Senkung stellt nicht mehr unter jene Verantwortlichkeit, da er der betreffenden Kreis-Ausführung wegen Staatlichkeit nicht bedenklich konnte.

War die Senkung zu umgehen oder nicht? Um diese Frage für die Unterhaltungsempfänger hinsichtlich beantwortet zu können, muß einmal ein Blick von den Leistungen und der Verschärfung des Sozialrechtes gegeben werden. Der Saalkreis gehört zu den von der Gewerkschaft am härtesten betroffenen Kreisen. Von rund 90000 Einwohnern werden zur Zeit 72000 Wohnstätten der verschiedenen Klassen angehört. Dieser Jährling der Saalkreis um beinahe das Vierfache über dem Reichsdurchschnitt. Zusammen mit den Familienangehörigen und den Sozial- und Kleinrentnern, die vom Wohlfühlungsamt zu betreuen sind,

heißt ein Viertel der gesamten Bevölkerung in Fürsorge. Werden noch die Alts- und Frau-Empfänger in die Berechnung einbezogen, dann stehen wir vor der erschütternden Tatsache, daß etwa die Hälfte der Einwohner von irgendeinem Zweig der Fürsorge oder Gewerkschaftsverpflichtung abhängig ist.

Genauig wie diese Einkommen sind die Kosten, die sich daraus ergeben. Allmonatlich gelangen für die Wohlfühlungsverwaltungen im Saalkreis zusammen mit dem Gemeindefonds 390000 RM. zur Verfügung. Diese Summe verteilt sich auf etwa 50000 Arbeiter für ihre Hausrenten und Sonderleistungen. Um einen Betrag für die Zinsen zu haben, ist darauf hingewiesen, daß in den Baukassensparverträgen bis 1928 jährlich 160 000 RM. für eine verhältnismäßig große Menge eingezahlt werden brauchten, während heute sich alles dem Abgang unterordnet, die erforderlichen Gelder für die laufenden Unterhaltungsleistungen zu beschaffen, worunter naturgemäß die an sich notwendige Hilfe für Sonderfälle zu leisten hat. Derangelegen werden muß, daß diese ungeheuren Leistungen, die die Steuerkraft des Staates weit übersteigen, bis vor kurzer Zeit allein vom Kreis aufzubringen waren. Als die Reichs- und Staatsbeiträge — die zu spät — eintrafen, waren sie so spärlich, daß auch weiterhin dem Kreis die Hauptlast aufgebürdet blieb. Heute sollen dem Kreis circa 155 000 RM. monatlich beizubringen, was es immer pünktlich gemacht werden, bleibt dabei eine offene Frage. Es bedarf wohl keines weiteren Beweises, daß die Fürsorge im Saalkreis unter diesem Verhältnis im wesentlichen abhängig von den Zuschüssen.

Die Notverordnung der Regierung haben die die Richtsatzentziehung zu einem unrentierbaren Jang gemacht.

Bei voller Durchführung dieses Programms in der Praxis müßte der Saalkreis seine Unterhaltungsleistungen um 33 ½ Prozent senken. Davon bleibt der Saalkreis weit entfernt. Sich jeder

Rückzug zu entziehen ist einem ausgebluteten Kreis ohne Reserven andererseits nicht möglich.

Dieser Lage haben sich unsere Genossen gegenüber, als die Kreis-Ausführung eine Senkung der Richtsätze an die der amtierenden Kreisverwaltung vorgelegt wurde. Den Kommunisten zu folgen, die auf dem letzten Kreisstag erklärten, was das Geld herkam, ginge sie als Marxisten einen Dreck an, ist einer Partei, die sich der Verantwortung für die Gewerkschaften bewußt ist, nicht möglich. Wir müssen es uns heute verneinen, dieser Sorte von „Marxisten“ eine Lektion über Marxismus zu erteilen, jedenfalls stünde am Ende des Weges, den die Kommunisten gehen wollen, ein Staatskommissar, der die

Unterstützungen in ganz anderer Weise beschneiden würde, als es durch die beschlossene Richtsatzentziehung geschieht.

Unter Würdigung dessen, daß für einen Einwohner 2 oder 3 RM. die Welt bedeuten, hält sich die Richtsatzentziehung in den Grenzen des Erträglichen und hebt sich sehr vorteilhaft ab von rigorosen Kürzungen, deren Jagen wir in der näheren und weiteren Umgebung mit bürgerlichen Mehrheiten und Randrenten gemessen sind. Es werden am Freitag in der allgemeinen Fürsorge zum ersten Male Unterhaltungen gemäß nach einem Richtsatz von monatlich 32 RM. für den Haushaltungsvorstand und alleinstehenden Lebigen, bisher 37 RM.

- 16 RM. Zuschlag für die Ehefrau, bisher 17 RM.
- 8 RM. Rindfleischzuschlag ist nicht gestrichelt.
- Die Richtsätze für ledige im Haushalt von unterhaltspflichtigen Angehörigen haben folgende Abfertigung erhalten:
- 12 RM. von 14 bis 16 Jahren, bisher 17 RM.
- 14 RM. von 16 bis 18 Jahren, bisher 17 RM.
- 16 RM. über 18 Jahre, bisher 17 RM.

Wo bisher unter dem Richtsatz unterstellt wurde und trotzdem gefürzt wird,

Wenn Anträge auf Härtenausgleich gestellt werden.

Wir betonen noch einmal, daß die Richtsatzentziehung insbesondere hinsichtlich der Kosten unseren für die Arbeiter unerschwinglich. Viele Gemeinderäte, die mir über die Senkung hören konnten, haben sich das Gefühl für die Lage bemerkt, indem sie in richtiger Erkenntnis erklärten, „es hätte schlimmer kommen können“. Immer wieder muß aber darauf hingewiesen werden, daß die

Senkung eine Folge der zu geringen Reichs- und Staatsbeiträge ist und damit eine Folge der Notverordnungen der Regierung

haben vom 14. Juni d. J. ist.

Festgehalten und den Gewerkschaften gelangt wurde, was weiter, daß es den Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und dem Gen. Streicher bei dem abgelaufenen Regierungspräsidenten Gen. von Garnaad zu danken ist, wenn von der Aufsichtsbörde in den vergangenen Jahren trotz der Notverordnungen nicht in die Richtsätze des Saalkreises eingegriffen wurde. Mit dieser Arbeit ist den Gewerkschaften mehr geboten als mit jenem Trübsal der kommunistischen RM. Mitgliedern Lauerer, als stellvertretender Vorsitzender des Kreis-Ausführungsausschusses den Reichstag des Kreis-Ausführungsausschusses aufzuheben, obwohl er weiß, daß er dazu eine reale

Machtmittel gar nicht hat.

Die sozialdemokratische Fraktion wird jedenfalls ohne

solche Trübsal aber mit wünschlichen, die Gerechtigkeit wünschlichen Wirteln dafür kämpfen, daß die Spitzenstellung des Saalkreises in der sozialen Fürsorge erhalten bleibt.

Jugendliche Diebe

Der Hausdiener Werner D. und der Restschmid Werner K., beide kann 18 Jahre alt, wurden in Halle vor dem Schöffengericht erschienen um sich wegen einiger Diebstähle zu verantworten. D. wurde aus der Unterhaltungsabteilung vorgeführt, da er an dem feinerzeitigen Raubüberfall auf einen Werksbürger Kinobesitzer beteiligt ist. Am Januar war D. das erste Mal in einem Keller in Merseburg eingedrungen und hatte dort 12 Flaschen Wein gestohlen. Am Mai war er nochmals in denselben Keller gelangt und nahm diesmal gleich 26 Flaschen Wein, 1 Flasche Cekt und 1 Flasche Sekt mit. Der erbeutete Wein wurde in Gemeinschaft mit seinem

Freunde K. nach und nach ausgetrunken. Kurze Zeit nach den geübten Diebstahlthaten inoffenbar die Freunde aus, daß es auch ganz gut sei, wenn man sich einmal auf ein anderes Gebiet verlegte. Man kam überein, in einem Grundstuck 50 Jahre zu hauen. D. stieg eines Nachts mit seinem Kumpel über einen Mauer und von dort über einen Zaun, während R. Schmeier stehen blieb. Der Jährling war aber von der Straße her zu sehr beleuchtet, weshalb D. von seinem ursprünglichen Vorhaben abließ und lediglich aus einer offenkundigen Laube drei Zedobären, zwei Mistkäse und noch einiges an feine Wolltücher stahl mitnahm. Für diese Straftaten, die nicht als Reichliche angesehen werden konnten, obwohl die Jungen sehr langer Zeit arbeitslos

Wälder unter dem Meer

Ein Wald in 40 Meter Tiefe bei Rügen entdeckt!

Dieser Lage las man in der Zeitung, in der Diffe, daß ein der Insel Rügen und den Schwedischen Schonen, sei in einer Tiefe von 40 Meter ein Wald entdeckt worden, der bei klarer Sicht vom Fischer trotz seiner ungenügenden Tiefe wiederholt deutlich gesehen wurde. Die Bäume liegen sämtlich aufrecht im Wasser stehen. Da die Lage dieses Waldes genau bekannt ist, sollen wissenschaftliche Kommissionen zur Erforschung der Herkunft dieser seltsamen Flora sowie der Art des Holzes herangezogen werden. Die Feststellung eines solchen Waldes in der 40- oder 70-Meter ist nun keineswegs etwas so Außergewöhnliches, wie sich der Laie vielleicht vorstellen mag. Ueberall dort, wo Professor Gotthard von der Geologischen Landesanstalt dazu erklärt, in diesem Falle nur die große Tiefe, in welcher der Wald entdeckt wurde. Nach der Eiszeit haben sich D. und Vorbeie einmal gehoben und dann später wieder gesenkt. Das Land verlor mit seiner Vegetation in mehr oder minder großen Tiefen unter den Wasserschleier. Deshalb sind in beiden Meeren unterirdische Wälder, die man Untermeerwald oder auch Untermeerwald nennt, ziemlich häufig. Das Holz dieser Wälder sind meist Kiefernholz, auf jeden Fall Koniferen. Röhricht sind so gut wie ausgeschlossen, da sie sich nicht solange gehalten hätten. Die tiefen Ozeanwälder treten stellenweise Ficht- und Buchenwälder dieser Waldart gütig.

In der Nähe von Helgoland befindet sich an der Uferküste ein solcher, ebenfalls derunterer Wald. Röh und gepflanzte, zu den bizarren Formen erklärt und erfordert, stehen die Bäume als stumme Zeugen grauer Vorgänge dem Meer unempfindlich, bis sich vielleicht wieder einmal das seltsame Spiel der Natur an ihnen wiederholt.

Kampf um Rißk in Usland

Kampf um Rißk, das erste große Schicksal von Robert Wolff. Einmal wurde in der vergangenen Spielzeit von 36 Wälfen aufgeführt. In den nächsten Monaten wird das Stück in Paris, Berlin, in Holland und in der Hofoperstadt aufgeführt werden. Rißk, Magerung, Osnabrück und Weifen haben „Kampf um Rißk“ für die kommende Spielzeit angekauft. Galle allerdings nicht.

Summer und Götter

Scherr: Was ist ein Mann, der nachhüt und sich befehrt, so er unecht ist?
Scherr: Er ist weif.
Scherr: Sehr richtig! Und was ist ein Mann, der nachhüt, wenn er recht hat?
Scherr: ... Verheiratet, Herr Scherr! („Abolpatter“.)

Volkurteil gegen Tolk-Urteil

Mittelalterliche Schreckensszenen vor dem Berliner Sondergericht

Die Tolk-Kammer des Berliner Sondergerichts hat am Mittwoch wieder fünf Zuchthausurteile gefällt: die angeklagten kommunistischen Arbeiter Spinnagel und König wurden mit je zwei Jahren Zuchthaus, die Angeklagten Michaels, Gummerich und Rühmehl mit je einem Jahr Zuchthaus bestraft. Bei drei Angeklagten erkannte das Gericht wegen Mangelns an Beweisen auf Freispruch.

Ragis hatten in der Nacht vom 18. August vor ihrem Verhörslokal in der Lindenberger Straße einen Zusammenstoß mit antifaschistischen Arbeitern. Die von der Polizei festgenommenen fanden in dem Bericht, attio an der Schlägerei, bei der übrigens niemand ernstlich verletzt wurde, beteiligt gewesen zu sein oder sich doch jedenfalls durch ihre Anwesenheit „des Andriebsbruchs schuldig gemacht zu haben, weil sie in einem Menschenhaufen waren, der offenbar Gewalttätigkeiten begehen wollte“. Gegen zwei der Beurteilten spricht, daß man bei ihrer Verhaftung einen Holzstoß und eine Eisenstange gefunden habe. Bei den anderen lag die Schuldfrage schwieriger. Aber die Bemerkung des durchwegs kein eindeutiges Bild. Die betreffenden SA-Jungen hatten ihre Auslagen offensichtlich vorher miteinander verabredet. Einzelnen ergaben sich zu großen Widerprüchen, daß sich selbst der Staatsanwalt — über dessen Antrag (1 Jahr Zuchthaus für jeden Angeklagten) übrigens das Gericht hier hinausgegangen ist — eines Lächerlichen nicht verdrehen konnte.

Wieviel auf Zeugnisausagen von SA-Leuten zu geben ist, bemies am deutlichsten die Vernehmung des 19jährigen Nationalsozialisten Ragis. Der Junge behauptete mit Bestimmtheit, zwei der Angeklagten, die Reichsbannerführer Röhler und Michaels, wiedererkannt zu haben; beide sollen bei der Schlägerei mitgewirkt haben. Michaels, sagte der Junge, sei vor seinem Fenster auf und ab gelaufen und habe den Kommunisten Zeichen gegeben.

Woi: Kennen Sie Michaels? Junge: Ja kannte ich, wie man eben zu Hause kennt, aber nicht seinen Namen. Verzeihlich: Was wußten Sie denn von ihm? Junge: Daß er beim Reichsbanner ist. Woi: Und Röhler? Junge: Er hat uns auf, weil er immer gegen uns war. Wir sind auch bedroht worden. Woi: Von Röhler? Junge: Nein, von Röhler nicht. Verzeihlich: Wo war denn Röhler während des Anfalls? Junge: Er lief auf und ab.

Praktisch bedeutet diese Aussage, daß der Junge Ragis den Angeklagten Röhler 1 Uhr nachts, beim Licht einer einzigen Gaslampe, von seinem Fenster aus auf ungefähr 70 Meter Entfernung ertrotzt haben will. . . aber einen Kollateralmord hielt das Gericht nicht ab. Röhler ist freigesprochen worden. Michaels wurde verurteilt. Einen gewissen Erfolg dürfen also die Ragis, von denen zwei in der Vergangenheit „schuldig“ Kommunisten und Reichsbannerleute herumgeführt, für sich buchen.

Als das Urteil gesprochen, die Sitzung geschlossen war, kam es zu einer erschütternden Szene. Die jungen Beurteilten — einer ist noch nicht 20 Jahre alt — weinten vor sich hin, die älteren riefen dem Gericht zu: „Wir werden uns unter Recht noch hofen!“ Als im Subderrraum drängten Frauen und junge Mädchen, um Schmerz geteilt, weinend zur Angeklagten, umarmten ihre

Männer und Freunde, wandten sich an die stumm und unbeweglich dahingehenden Richter:

„Wir wollen unsere Männer wiederhaben! Sie sind unschuldig! Was ist das für ein Recht!“ Herr Tolk trommelte nervös mit den Fingern auf dem Tisch, dann schrie er den Frauen, die stehend vor ihm standen, zu: „Raus, raus!“ Raus waren die Frauen gegangen, als sich aus dem Publikum ein Arbeiter vorbrängte und den Richtern zusetzte: „Die Urteile sind nicht wegzunehmen und die Beurteilten werden mühen, die gehen frei aus!“

Herr Tolk bezog den Sach offenbar auf sich. Er ließ den Zuchthausurteil sofort festnehmen, holte den Staatsanwalt in den Saal zurück, und stellte die Personalien des Aufseher fest: es ist ein Arbeiter Bruno Brück. Er hat jetzt eine Beurteilung wegen Weisungsbildung des Sondergerichts zu erwarten.

Ein Vergleich mit einer anderen Verhandlung ist notwendig. Ein Student tiefer war am Abend zuvor in der Sondergerichtskammer Marjner der Nationalsozialist Paul Hermann, der sich unter der schweren Anklage des Vorkriegs in zwei Fällen und des verurteilten Vorkriegs in drei Fällen zu verantworten hatte, freigesprochen worden. Wenn also unterstellt wird, daß nicht erwiesen ist, daß jene am Abend des 18. Juli in Berlin-Giesenshof abgegebenen Schüsse, durch die die kommunistischen Arbeiter Brück und Groß und Gerbert und drei Kommunisten schwer verletzt wurden, nicht von Hermann stammen, so bleibt festzustellen, daß der Angeklagte seinen Freispruch — den Überläufer der kommunistischen Jungen zu verdanken hat.

Die als **Reichsbanner** bezeichneten Augen bewachten Hermann, die nichts von Hermanns Schuß gegeben haben, sagten aus objektiv aus: „Ich habe nichts gesehen; ich kann nicht behaupten, daß der Angeklagte geschossen hat.“

Umgekehrt muß aber darauf hingewiesen werden, daß alle die kommunistischen Arbeiter oder Reichsbannerleute, die vom Berliner Sondergericht ins Zuchthaus geführt wurden, immer wieder von Ragis befehlet wurden. Sie drachten ihre lebensgefährlichen Auslagen mit einer Bestimmtheit und Sicherheit vor, die der Barbarei ihrer Grundzüge, die nicht nur in der Theorie über Leiden gehen, mehr Ehr machen, als der Wahrheit, der die Zeugen ruhig und allein dienen sollten. Die nationalsozialistische Theorie von „marxistischen Unternehmern“ scheint also doch nicht ganz zu stimmen.

Ist Hermann nicht der Schuldige, so bleiben doch die Opfer: zwei Tote und drei Schwerverletzte. Die Staatsanwaltschaft hat es nicht fertig bekommen, den Mörder ausfindig zu machen. . . Es dürfte allerdings eher ein Nationalsozialist als ein Kommunist sein. So kam es, daß ein als Junge vernommener Wachmeister seinem Erlaunen darüber Ausdruck gab, daß ein Tag, den er angeht, nicht auf der Anklagebank lag; der Wachmeister habe gesehen, wie der von ihm angelegte Nagel auf einen am Boden liegenden Arbeiter eingedrungen sei. Immerhin eine nicht ganz unwichtige Verbindung. Herr Sondergerichtspräsident Marjner wußte sie mit den Worten aus dem Saal: „Das geht so nicht zu diesem Prozeß.“

Die Lage des Arbeitsmarktes

Der amtliche Bericht gibt nicht genügenden Aufschluß

Der neue Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage im Reich, wie sie sich in der zweiten Augusthälfte gestaltet hat, gibt wenig Aufschluß über den tatsächlichen Sachverhalt. Die neuen Zahlen bringen herzlich wenig über die wirkliche Bewegung am Arbeitsmarkt. Auf der einen Seite zeigt sich nicht, wieviel Arbeitslose nicht mehr zu den Arbeitsämtern kommen, weil sie doch keine Unterstützung mehr erhalten. Auf der anderen Seite haben wir die Zahl zweifelslos zehnfach und noch eine fünfstufige Arbeitslosigkeit.

Ein Teil der Arbeitgeber, der von den Vätern der Regierung zur Umkehrung der Wirtschaft führt schon seit längerer Zeit Kenntnis hat, dürfte um Mitte August nicht unbedingt notwendige Arbeitskräfte abgeben haben, um jezt um so leichter in den Versuch der Reueinrichtung zu kommen. Man wird die ersten Maßnahmen über eine Steigerung auf dem Arbeitsmarkt, die eines Tages kommen werden, mit großer Beachtung aufnehmen müssen. Einzelne in die Glend des Arbeitsmarktes hinter undurchlässigen Zahlen verliert. Dieses Glend ist viel größer, als die offiziellen Arbeitsmarktfiguren zum Ausdruck bringen.

Am 31. August waren bei den Arbeitsämtern rund 5225 000 Arbeitslose gemeldet. Gegenüber dem Stand von Mitte August ist diese Zahl um 188 000 niedriger. Während der Berichtzeit haben sich die neuen Bestimmungen über die Prüfung der Hilfsbereitschaft und über die Abgrenzung des Personenkreises der Arbeitslosen noch weiter ausgewirkt, gleichgültig, ob eines Tages kommen werden, mit großer Beachtung aufnehmen müssen. Einzelne in die Glend des Arbeitsmarktes hinter undurchlässigen Zahlen verliert. Dieses Glend ist viel größer, als die offiziellen Arbeitsmarktfiguren zum Ausdruck bringen.

Öhring nicht mehr gekränkt

Neue SPD-Interpellation wegen des Vorwärts-Verbotes

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre Interpellation gegen das jüngste „Vorwärts“-Verbot, die wegen eines Satzes von dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Kantelbach über eine vereinbarte Form nicht eingekränkt. Sie hat bei dem Herrn Öhring beanstanden, daß er dem von der Sozialdemokratie als der großen, auf dem Boden der Verfassung stehenden Partei gesprochen wurde, dahin abgeändert, daß der „Vorwärts“ als das Zentralorgan der „weitgrößten“ auf dem Boden der geltenden Reichsverfassung stehenden Partei bezeichnet wird. Die Nationalsozialisten können sich jezt also nicht mehr gekränkt fühlen. Ihr Reichstagspräsident wußt streng darüber, daß ihre Treue zur republikanischen Verfassung nicht angezweifelt wird.

Gefängnis nur für Reichsbannerleute

Die große Strafkammer in Oberstadt verurteilte sechs Reichsbannerleute wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen zwischen sechs und neun Monaten. Die nationalsozialistischen Nationalsozialisten wurden, von geringfügigen Geldstrafen abgesehen, freigesprochen.

Dem Prozeß lag eine Auseinandersetzung zwischen den Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten zugrunde, an der nach dem Prozeßbericht mindestens beide Teile in gleichem Maße schuldig waren. Dennoch wurden die Hitlerianer freigesprochen.

Selbstverfümmelung eines SA-Mannes

Dresden, 7. September. (Eigenbericht.)

Vor einiger Zeit wurde in dem in Dresden erscheinenden „Reichsblatt“, dem „Reichsblatt“, gemeldet, daß auf dem SA-Anwärter Zimmermann aus Klattendorf bei Meißen von einem Reichsbannermann ein Schuß abgegeben wurde, der in der linken Hand Zimmermanns stecken blieb. Wie die Zeitschrift „Vollzeitung“ dazu mitteilt, hat Zimmermann sich den Schuß selbst beigebracht, um vor seiner Verhaftung und seinen Kameraden als Märtyrer zu erscheinen.

Drachfellverbrechen

In der Nähe des an der Straße Frankfurt—Worms gelegenen Ortes Waldorf wurde ein Drachfellantant auf Motorradfahrer verhaftet. Einem aus Waldorf stammenden 24jährigen Arbeiter, der auf dem Eigentum eines Motorrades saß, wurde von dem doppelten Drachfell eines Telegraphenmast und einem Baum gelegenen Drach der Hals durchgeschnitten. Als der Fahrer, der sich im letzten Augenblick gebückt hatte und dadurch unverletzt blieb, die Polizei erkannte, gab man den durch den Knurrall niedergelegten Drach zum zweiten Male gefesselt. Als Fahrer vermutet man vier Männer, die einige Stunden vorher in Raumbheim den Leder- und Drachhändler von Bahr und dessen Begleiter überfallen und ihrer Beute beraubt hatten.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 7. September

Am der Berliner Getreidebörse wurde am Mittwoch das Geschäft weiter in kleinen Bahnen, da vom Reichsanstalt größere Mengen angeteilt. Auf dem Getreidegeschäft kam der Umsatz nicht. Die Preise für Weizen und Roggenportefolien stiegen ein wenig. Am Vormittag ergab sich ein Anzeichen unruhiger Angebots, da die Händler auf den Bericht über die Einlagerung von Weizen zum größten Teile zurücktraten. Am Schluß der handelsüblichen Lieferungsperiode hatte Roggen und Weizen zum Teil zu den Markt gekommen. Die Preise für Weizen und Roggen wurden zum Teil verändert, es wurden nur die notwendigen Konsumante geteilt. Getreide blieb ziemlich fest. Getreide wurde angeboten, doch gehen Beobachtungen und Gebot mehr flüchtig auseinander.

6. September		7. September	
[in Mark]			
Weizen	211—214	211—218	
Roggen	182—184	181—183	
Gerste	176—177	177—177	
Hafer	197—197	196—196	
Wegweizen	198—198	198—198	
Roggenmehl	22,00—22,00	22,00—22,00	
Weizenmehl	27,00—27,00	27,00—27,00	
Roggenmehl	18,00—18,00	18,00—18,00	

Handelsübliche Lieferungsperiode. Weizen: September 211—218 (20%), Oktober 225—224 (20%), November 224—223 (20%), Dezember 224—223 (20%), Januar 224—223 (20%), Februar 224—223 (20%), März 180—180 (18%), April 180—180 (18%), Mai 180—180 (18%), Juni 180—180 (18%), Juli 180—180 (18%), August 180—180 (18%), September 180—180 (18%), Oktober —, November —, Dezember — (14%), März 180—180 (14%).

Man hört Vorkriegsstone

Amerikanisches Mißbehagen an der deutschen Tonart

Washington, 7. September. (Eigenbericht.)

Das Königsberger Interview des Generals und die Erklärungen Neumanns haben in hiesigen amtlichen Kreisen lebhafteste Beachtung gefunden. Man setzt sich die deutschen Forderungen weitestgehend verständlich, mißbilligt jedoch die Tonart, in der sie immer wieder erhoben werden, und macht kein Geht daraus, daß diese Tonart mit der dem Rechte oft gehörten Tönen übereinstimmt. Im übrigen wird verstanden, daß Amerika sich an den jetzigen europäischen militärischen Auseinandersetzungen nicht beteiligt, aber an einer Weltbewegung außerordentlich interessiert ist.

Die sozialistische Abrüstungskampagne

Paris, 7. September. (Eigenbericht.)

Der sozialistische „Populaire“ fordert wiederum nachdrücklich, daß Frankreich die deutschen Forderungen mit einer kräftigen Gegenoffensive für die allgemeine Entwaffnung beantwortet. Frankreich muß vor allen Dingen auf seine „bürgerliche Formel: zuerst Sicherheit, dann Abrüstung“ verzichten, den Lardieu-Plan offen aufgeben, eine eigene Abrüstungsinitiative vornehmen und vor allem den Abrüstungsplan Hoovers annehmen. Eine Aufrüstung Deutschlands sei völlig unzulässig.

Vorbericht über die Antwort Frankreichs

Der „Matin“ teilt schon in großen Zügen den Inhalt der französischen Antwort auf das deutsche Militärmemo-

randum mit: „Will Deutschland aufrücken und sich von allen Klassen des Bevölkerungsvertrags hinsichtlich der Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft befreien? Wenn das keine Absicht ist, muß es sich nach dem Genf wenden, wo die Reichsleiter Unterzeichner des Brest-Litovsk-Vertrages sind. Will Deutschland eine Anpassung seines Militärplans, so muß es sich gleichfalls nach Genf wenden, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Maßnahmen an seinem Status nicht zu einer Aufhebung führen.“

denn in diesem Punkt sind die Reichsleiter Bestimmungen präzise. Will Deutschland schließlich die „Gleichberechtigung nach unten“, d. h. in Funktion mit den erzwungenen Ergebnissen der Abrüstungskonferenz? In diesem Falle müßte zuerst das Ergebnis der Abrüstungskonferenz abgewartet werden. Aber schon jezt sind zwei wesentliche Bemerkungen zu machen: die deutsche Forderung kann auf Grund der koren Vertragsstoffe nicht Gegenstand einer direkten und abschließlichen Ausprache zwischen Paris und Berlin sein. Deutschland droht den interessierten Mächten, daß es an den weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht mehr teilnehmen werde, wenn seine Forderungen nicht gleich günstig entschieden werden.

Diese Drohung ist völlig gegenstandslos, denn sie beruht auf keiner logischen Grundlage, sondern nur auf einem Ausbruch über die Lippen.

Weiter weiß der „Matin“ zu berichten, daß Frankreich auch die übrigen Mitglieder der Vertrauenspathe und die Unterzeichner des Brest-Litovsk-Vertrages um Zustimmung zu der Antwort ersuchen wolle. Die Antwort würde also sozusagen eine Kollektivnote werden.

Unterdrückung der Ukraine

Brutale Gewalt und Raue des Militärs

Seit Wochen ist die Ukraine der Schauplatz von brutalen und blutigen militärischen Unterdrückungsmaßnahmen. Bisher hat es die polnische Zensur verhindert, das Ausmaß über diese Verbrechen zu kennen. In der ukrainischen Presse jezt sind alle Meinungen und Darstellungen verboten und unterdrückt worden.

Welchen Umfang die Aufstände angenommen haben, erhellen die aus Polen in die Ukraine entflohenen Polizei- und Militärkretze. Zur Niederdrückung der Unruhen sind entworfen: 1500 Polizisten, drei Infanteriebataillone aus Krakau, Kinn und Linz, verstärkt durch Reservisten, je zwei Schwadronen Kavallerie aus Olsztyn und Kinn, eine Flugzeugstaffel und vier Panzertruppen. Die Unruhen haben im Gebiete Siedsch, Sornj

und Rowel begonnen und sich dann auf And und auf die Proving Polisse ausgebreitet. Als das Militär eintraf, zogen sich die Aufständischen in die Sumpfbereiche zurück, wo sie die noch aus dem Krieg vorhandenen und betonierten Unterstände besetzten. Sie liegen in der Linie Bobruj—Rowel—Sornj, Weitz—Ost—Wierzig—Antonow—Tomaszow, Polzei und Militär können diesen verparazierten aufständischen Bauern schwer bekommen. Um so gewisser ist die Lage in den ukrainischen Dörfern. Viele dieser Dörfer sind verlassen, das Getreide auf den Feldern wurde verbrannt, die Bevölkerung ist in die Wälder geflohen. Zahlreiche Bauern sind handgegriffen gefangen worden, so wie bei Kriegsbeginn hundert aus schuldlosen ukrainischen Bauern von der ungarischen Armee ge jagt wurden. Klein in dem Dorfe Bobruj kamen am 17. August d. J. zwölf Bauern an den Galgen.

Das polnische Außenministerium gibt den ausländischen Pressevertretern vollkommen falsche Darstellungen und gerümpelt die Aufständigen auf „eine 50 Mann starke Räuberbande“, von denen 24 gefangen und erschossen worden sind.

